

# Öko-Betriebe in Ostdeutschland Auch die Großen blicken kritisch in die Zukunft

Welche Auswirkungen werden die  
Halbzeitbewertung der Agenda 2000 und  
die EU-Osterweiterung für die großen  
ökologisch bewirtschafteten Betriebe  
in Ostdeutschland haben?  
Eine Befragung vor Ort zeigt:  
Die Betriebsleiter/-innen sind skeptisch.

Von Jessica Aschemann

Dipl.-Ing. agr. Jessica Aschemann  
FiBL Deutschland e. V.  
Galvanistraße 28, D-60486 Frankfurt / Main  
E-Mail [jessica.aschemann@fibl.org](mailto:jessica.aschemann@fibl.org)



Im Rahmen des Projektes „Betriebswirtschaftliche Analyse von ökologisch wirtschaftenden Großbetrieben in Ostdeutschland“ wurden im Februar und März 2003 drei- und vierzig Betriebsleiter/-innen in Ostdeutschland persönlich interviewt. Ziel des vom Bundesprogramm Ökologischer Landbau finanzierten Vorhabens ist es, die Wettbewerbsfähigkeit dieser Öko-Großbetriebe in Abhängigkeit von Produktionsrichtung und Arbeitsorganisation zu untersuchen und Hemm- und Erfolgsfaktoren zu ermitteln. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Bedeutung agrarpolitischer Veränderungen gelegt. Anhand der ersten Ergebnisse aus der Befragung sollen an dieser Stelle die Einschätzungen der Betriebsleiter/-innen zur Halbzeitbewertung der Agenda 2000<sup>1</sup> und zur Osterweiterung vorgestellt werden.

## Skepsis gegenüber den Vorschlägen zur Halbzeitbewertung der Agenda 2000

Zum Befragungszeitpunkt waren für die Halbzeitbewertung der Agenda 2000 noch keine Beschlüsse gefasst worden. Die Betriebsleiter/-innen wurden gefragt, wie sie die zum Befragungszeitpunkt diskutierten Vorschläge einschätzten. Es zeigte sich, dass sie den Vorschlägen der Halbzeitbewertung skeptisch gegenüberstanden. Besonders deutlich war die Ablehnung einer Einführung von Förderobergrenzen, die insbesondere Großbetriebe betroffen hätte. 75 Prozent der Befragten lehnten Förderobergrenzen ab. Die Einführung einer von der Produktion entkoppelten Betriebsprämie stieß bei 50 Prozent der Betriebsleiter auf Ablehnung, während 21 Prozent der Befragten diesen Vorschlag befürworteten.

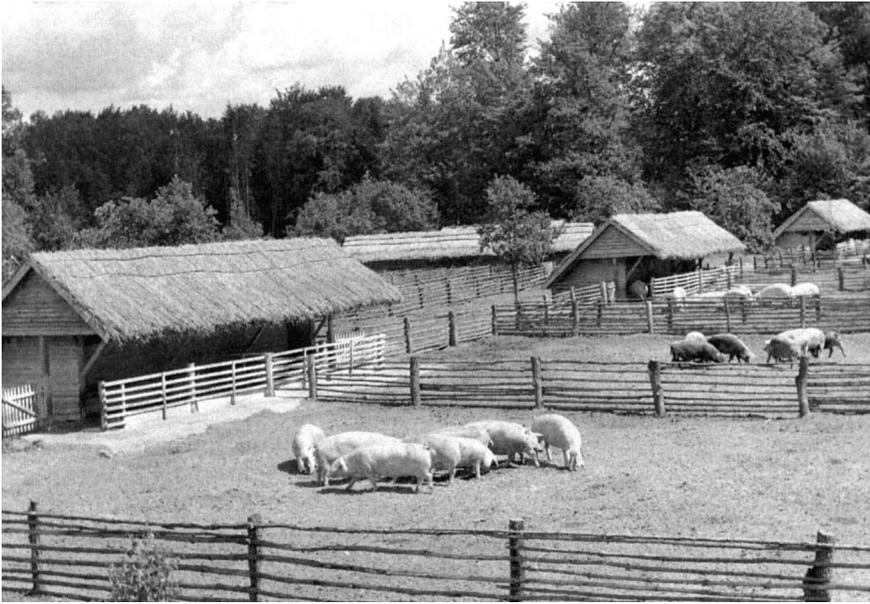
In der Tendenz wurden die Vorschläge zur Einführung eines „Betriebs-Audits“<sup>2</sup> und zur degressiven Staffelung von Förderprämien als Alternative zur Obergrenze von 25 bzw. 21 Prozent der Befragten zwar abgelehnt, allerdings antwortete hier die Mehrheit, nicht ausreichend informiert zu sein, um eine eindeutige Ablehnung bzw. Zustimmung äußern zu können.

Die Einführung der „Modulation“<sup>3</sup> wurde von der Mehrheit der Befragten befürwortet. Ein Drittel der Betriebsleiter lehnte diesen Vorschlag jedoch ab, weil sie einen noch höheren Verwaltungsaufwand befürchteten. Außerdem sehen sie Schwierigkeiten darin, das Kriterium Arbeitskräfteausstattung zu definieren. (Zum Befragungszeitpunkt wurde disku-

<sup>1</sup> Mit der Halbzeitbewertung (Midterm Review) der Agenda 2000 hat die EU-Kommission Vorschläge für eine umfassende Reform der EU-Agrarpolitik vorgelegt, die ab 2006 greifen soll. Siehe hierzu M. Stolze, J. Sanders: Halbzeitbewertung der EU – Wie ist der Öko-Landbau betroffen? In: Ökologie & Landbau 125 / Jahrbuch Öko-Landbau 2003, Seite 111–116

<sup>2</sup> Einführung obligatorischer betriebsbezogener Audits für alle Haupterwerbsbetriebe

<sup>3</sup> Mit der Modulation können Direktzahlungen an die Landwirte gekürzt und die einbehaltenen EU-Mittel für bestimmte Maßnahmen zur Förderung der ländlichen Entwicklung wie zum Beispiel umweltfreundliche und tiergerechtere Produktionsverfahren genutzt werden.



■ In den EU-Beitrittsländern können ökologische Lebensmittel günstig produziert werden: Öko-Schweinehaltung in Polen. (Foto: ABM-Markkleeberg)

tiert, einen am Arbeitskraftbesatz orientierten Betrag von der Modulation auszunehmen.)

Die überwiegende Zustimmung wurde damit begründet, dass ökologische Betriebe aufgrund ihrer arbeitsintensiveren Wirtschaftsweise weniger von der Modulation betroffen wären bzw. eher an den mit Modulationsgeldern finanzierten neuen Maßnahmen teilnehmen könnten. Zudem stimmten die Befragten einer umweltfreundlichen Ausrichtung der Landwirtschaft zu – denn aus diesem Grund hätten sie sich ja für die ökologische Wirtschaftsweise entschlossen.

### Rechtzeitig auf negative Auswirkungen der EU-Osterweiterung reagieren

Die möglichen Auswirkungen der EU-Osterweiterung wurden negativ beurteilt. So erwarteten 56 Prozent der befragten Betriebsleiter/-innen nachteilige Auswirkungen

**Als Reaktion auf die Osterweiterung streben die meisten Betriebe entweder eine Strategie der Kostensenkung oder der „positiven Differenzierung“ an.**

auf den ökologischen Landbau. Dagegen befürchteten nur 40 Prozent negative Folgen für die deutsche Landwirtschaft insgesamt. Dem liegt die Einschätzung zu Grunde, dass mit den Beitrittsstaaten zwar Produzenten günstiger ökologischer Rohstoffe der EU beitreten, jedoch kaum Konsumenten ökologischer Lebensmittel. Jeder vierte Betrieb sah allerdings die Lage seines eigenen Betriebes von den Auswirkungen der Osterweiterung nicht berührt.

Als Reaktion auf die Auswirkungen der Osterweiterung auf den Agrarmarkt streben die meisten Betriebe entweder eine Strategie der Kostensenkung oder der „positiven Differenzierung“ an (je 30 Prozent). Zur „positiven Differenzierung“ gehören verstärkte Kundenbindung und das Anbieten besserer Qualität oder höherer Sicherheiten wie Transparenz, Kontrollen und Zuverlässigkeit.

Mehrere Betriebe sehen die Möglichkeit, durch Verlagerung des Schwerpunktes auf Kapital- oder Know-how-intensive Betriebszweige wie Saatguterzeugung oder Gemüsebau einen Weg einzuschlagen, der Betrieben in den Beitrittsländern nicht oder nicht so bald gelingen würde. Auch eine Diversifizierung und Erweiterung um außerlandwirtschaftliche Betriebszweige wie Tourismus wurde erwogen. Einige Betriebe sahen in der Osterweiterung auch Chancen. Genannt wurde dabei einerseits die Möglichkeit, Arbeitskräfte zu günstigeren Lohnkonditionen einstellen zu können. Andererseits wurden aber auch die Beitrittsländer als neuer Markt für eigene Produkte wie etwa Zuchtvieh gesehen und die Möglichkeit der Landpacht in den Beitrittsstaaten in Betracht gezogen.

Auch wenn die grundsätzliche Stimmung pessimistisch ist, sehen die Befragten dennoch in betriebspezifischen Strategien Entwicklungsmöglichkeiten, um unter den anstehenden Veränderungen wettbewerbsfähig zu bleiben. ■